

Trumps Pläne zur Massenabschiebung und die in Verruf geratene Stiftung der Clintons

Zusammenfassung der US-Berichterstattung vom 29. August bis zum 4. September 2016

(ak) Auch diese Woche beherrschten Schlagzeilen über die Präsidentschaftskandidaten die amerikanische Presse. Donald Trumps Pläne zur Massenabschiebung treffen auf Unverständnis, und Hillary Clintons Wohltätigkeitsstiftung kommt in Verruf.

Bei einer Wahlkundgebung in Phoenix, Arizona, am Mittwochabend stellte Donald Trump seine Pläne zur Abschiebung von illegalen Einwanderern in zehn Punkten vor. Nach seinem unerwarteten Besuch beim mexikanischen Präsidenten Peña Nieto in Mexico City erwarteten viele politische Beobachter eine Abschwächung seiner radikalen Abschiebungspolitik, doch dies ist nach seinen aktuellen Ankündigungen nicht zu erwarten. Zu seinen Punkten zählt unter anderem der Bau einer von Mexiko finanzierten Mauer, die die USA von Mexiko trennt, die ausnahmslose Abschiebung aller illegalen Immigranten und eine Reform der legalen Einwanderung. Die *Washington Post* beschuldigt Trump daraufhin das Thema der illegalen Einwanderung zu nutzen um die ohnehin ausländerfeindliche Haltung vieler Wähler anzuschüren. Ein anderer Kritikpunkt, so die *New York Times*, sei die Willkür, mit der nicht nur illegale Immigranten, sondern auch Bürger von örtlichen Polizisten festgenommen werden könnten. Dies gäbe korrupten Polizisten die Möglichkeit zu diskriminieren und schikanieren ohne sich Sorgen um strafrechtliche Konsequenzen machen zu müssen. Die *LA Times* sieht Trumps Rede etwas nüchterner. Abgesehen davon, dass es grausam sei Menschen so zu behandeln, kritisiert sie die Umsetzungsmöglichkeiten seiner Vorhaben. Da Trump nicht näher ausführt, wie er seine Pläne logistisch und finanziell realisieren will, folgert die *LA Times*, dass es Donald Trump an Realitätsnähe fehlt.

Nach der Veröffentlichung bisher geheim gehaltener E-Mails des Außenministeriums behaupten Hillary Clintons politische Kontrahenten Beweise für Korruption zugunsten der Clinton Foundation gefunden zu haben. So sollen prominente Personen wie der U2-Sänger Bono und der bahrainische Kronprinz Salman bin Hamad bin al-Khalifa über die Stiftung mit Clinton in Kontakt gekommen zu sein und die damalige Außenministerin gegen eine Spende um persönliche Gefallen gebeten haben. Hillary Clinton dagegen versicherte im Falle eines Wahlsieges jegliche Verbindung zwischen ihr und der Stiftung zu lösen. Die Anschuldigungen sind noch nicht bewiesen, doch trotzdem erregt die Debatte die Gemüter. Die *New York Times* befürwortet Clintons Entscheidung sich von der Stiftung zu trennen, doch hält sie eine sofortige Abkapselung für den besten Weg. Abgesehen davon fordert die *New York Times* große Veränderungen in der Clinton Foundation vor den Wahlen im November. Diese Haltung teilt auch der *Boston Globe*. Anders als die *New York Times* ruft er allerdings dazu auf die Stiftung stillzulegen, da sie immer einen Interessenkonflikt für die Clintons darstellen würde. Der *Globe* schlägt sogar vor, dass die Clinton Familie innerhalb weniger Jahre eine neue Stiftung gründen könnte um ihre Wohltätigkeitsarbeit fortzusetzen. Im Gegensatz dazu sieht die *Washington Post* in der Berichterstattung einen großen Fehltritt. Sie sieht die Empörung als unrechtmäßig an, da bis jetzt nur eine dürftige Beweislage vorliegt, wohingegen Donald Trumps Steuerskandal, für den es tatsächlich triftige Beweise gibt, kaum Medienberichterstattung bekommt. Die *Washington Post* findet, dass eine solche Berichterstattung ungerecht sei und die Realität verzerre.

Quellen:

www.latimes.com

www.nytimes.com

www.washingtonpost.com

www.bostonglobe.com